

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

9.1.1931 (No. 7)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 553
und 554
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. H. Meub,
Karlsruhe

Wagnerspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabell gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zur Reichsreform

Bayerische Vorschläge

Im Anschluß an die Neujahrsvorlesung des bayerischen Ministerpräsidenten Heß besaß sich in den „Bayerischen Verwaltungsblättern“ der bekannte bayerische Sachmann, Ministerialrat Karl Sommer erneut mit dem Problem der Reichsreform und stellt folgende Vorschläge zur Diskussion:

„Eine Reichsreform, die der Verfassungsnot in Deutschland steuern will, müßte, von der Wahlreform abgesehen, zudrüberst folgende Vorschläge berücksichtigen:

1. Ausbau des Reichsrats zur zweiten in der Gesetzgebung gleichberechtigten Kammer.
Der Reichsrat hätte wie bisher nur aus den von den Ländern beordneten Vertretern zu bestehen. Die Hinzuziehung von sonstigen Vertretern, insbesondere der Einbau des ständischen Gedankens, empfiehlt sich nicht. Neue Gegenstände und Erweiterungen würden dadurch in das Staatsleben getragen. Das regionale Prinzip verbürgt den besten Ausgleich auch der wirtschaftlichen Interessen. Es ist auch in den Vereinigten Staaten durchgeführt.
2. Der Reichsrat hat erst jüngst in schwerer Stunde sachliche und gute Arbeit geleistet, als die anderen Instanzen beragten. Man kann nicht sagen, der Reichsrat sei angesichts des parlamentarischen Systems in den Ländern nur ein Abbild der parteipolitischen Kräfte im Reich, ähnlich wie der Reichstag. Die Vertreter der Länder im Reichsrat stellen nicht den Ausdruck eines einseitig parteimäßig oder sonst orientierten Willens, sondern den Ausdruck eines Willens dar, der den bereits gefundenen Ausgleich der in der Landesregierung zusammengefaßten verschiedenartigen parteimäßigen, wirtschaftlichen und sonstigen Richtungen vertritt.
3. Größere Stabilität einer einmal gebildeten Reichsregierung. Bestimmung des Inhalts, daß die Reichsregierung nur einem mit Zweidrittelmehrheit beschlossenen Vertrauensvotum zu weichen braucht. Die Länderkonferenzen hat eine solche Regelung für die Landesregierungen in den Ländern aller Art beschlossen, um eine größere Stetigkeit zu gewährleisten. Allein gerade an der Reichsspitze ist eine solche größere Stetigkeit unönmlich.
4. Wiedereinrichtung des Reichspräsidenten gegen ein beschlossenes Gesetz mit der Aufgabe, daß es zu seinem Zustandekommen der nachmaligen Annahme mit Zweidrittelmehrheiten im Reichstag und Reichsrat bedarf.
5. Erleichterung der Verfassungsänderung, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern.

Nicht so sehr die mangelnde „Klare“ Abgrenzung der Zuständigkeiten, als vielmehr die mangelnde Sicherung für die tatsächliche Innehaltung der Grenzen ist einer der schwersten Fehler unseres Verfassungssystems. Hierher vor allem kommt das ewige Tauziehen zwischen Reich und Ländern im Kampf um die Zuständigkeiten. Die Schwierigkeiten nach dieser Richtung würden eine erhebliche Vermehrung erfahren, wenn etwa nach dem bayerischen Vorschlag die Verschiebung der Zuständigkeiten vom Reich an die neuen Länder und von den neuen Ländern an das Reich der einfachen Gesetzgebung überlassen würde. Der Ausschluß der Länderkonferenz hat ursprünglich mit guten Gründen eine dauernde Sicherung der Abgrenzung verlangt.

Aber auch in den übrigen Fragen unseres Verfassungslebens wäre es nur ein Gewinn, wenn Verfassungsänderungen nach dem Vorbild anderer Staaten erschwert, wenn die Verfassung auf Fels statt auf Sand gebaut würde. Heute steht sich der Reichstag mit Zweidrittelmehrheiten bald über diese, bald über jene Bestimmungen der Reichsverfassung hinweg oder, was noch schlimmer ist, er beschließt mit einfacher Mehrheit, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich ist.

Solange nicht, so sagt Sommer, solche Reformen in unserem Verfassungsleben durchgeführt sind, sind alle übrigen Pläne einer Reichsreform müßig und vergeblich. Im Gegenteil würde — von den Schwierigkeiten bei den Ländern abgesehen — die Verschiebung der Hoheitsfunktionen der Länder auf die „vereinigte“ preussische und Reichsregierung die Schwierigkeiten an der Zentrale nur ins Ungemeine vermehren und den trübsamen Prozeß beschleunigen, dem unser Staatsleben an der Spitze des Reiches aus Gründen ganz anderer Art als mangelnden Kompetenzen verfallen ist. Auch für die parlamentarische Demokratie gilt das Goethewort: In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.

Kommt es zu einer Ordnung des Gleichgewichts nach der hier vorgeschlagenen Art in unserem Staatsleben, dann wird die dem Gedanken der Demokratie wie dem Ansehen und Einfluß des Reichstags nur förderlich sein. Denn die Wiedereinrichtung seiner Nachvollkommenheiten wäre nur eine Scheinbare. Kommt es nicht dazu, dann kann Bismarck und sein Antipode Konstantin Frick recht behalten, die wenigstens in dem Punkt einig waren, daß sie dem schrankenlosen parlamentarischen System voraussetzten, es werde an sich selbst zugrunde gehen.

Die „Wahr. Staatsztg.“ schreibt dazu: In der lebhaften Propaganda der deutschen Unitarier für die reformatorische Durchführung des Einheitsstaates ist es in der letzten Zeit zuzugeworfen. Das ist wohl in erster Linie mit darauf zurückzuführen, daß man in weiten Kreisen in den gegenwärtigen Tagen erkannt hat, daß die deutsche Verfassungsnot in anderen Ursachen begründet liegt als in der Notwendigkeit einer grundstürzenden Änderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Auch hat sich aus Gründen, die

Letzte Nachrichten

Die Beilegung des Ruhrkonflikts

Notverordnung über die Abänderung der Schlichtungsordnung

BRN. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident heute vormittag die Notverordnung bereits unterzeichnet, durch die die Schlichtungsordnung so abgeändert wird, daß die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen auch dann möglich ist, wenn sich nach dem bisherigen System eine Mehrheit nicht findet. Die Neuordnung führt nicht, wie man gestern angenommen hatte, den sogenannten Einmenschiedspruch wieder ein, sondern legt fest, daß ein Sonder-schlichter auf Anordnung des Reichsarbeitsministers zwei Unparteiische zu berufen hat, wenn eine Mehrheitsbildung mit Hilfe der Parteien nicht möglich ist.

Die Neuordnung wird bereits bei der für morgen vormittag angeetzten weiteren Verhandlung im Ruhrkonflikt angewandt werden, und zwar wird Prof. Dr. Brahn als Sonder-schlichter bestellt, so daß er sofort die Unparteiischen hinzuziehen und ein Schiedspruch gefaßt werden kann, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Es ist damit also sicher, daß der Kohlenkonflikt im Ruhrbergbau bereits morgen mittag beendet wird.

BRN. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) In unterrichteten Berliner Kreisen begrüßt man es außerordentlich, daß die starke und schnelle Initiative der Reichsregierung und namentlich des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald es ermöglicht, daß der Ruhrkonflikt nun am morgigen Samstag entschieden werden kann, damit sobald wie möglich wieder Ruhe in den Bezirk kommt. Es dürfte richtig sein, daß der kommende Schiedspruch sich etwa auf der Basis von einer 60prozentigen Lohnsenkung halten wird. Die Verordnung des Reichspräsidenten wird mit einer längeren Begründung im Laufe des Nachmittags veröffentlicht werden.

Prof. Dr. Brahn, der auf Grund dieser Verordnung zum Sonder-schlichter bestellt wird, und die Berufung der vorgesehenen unparteiischen Beisitzer bereits vorgenommen hat, wird bei den morgigen Verhandlungen zunächst festzustellen haben, ob unter Mitwirkung aller Vertreter der beiden Parteien eine Lösung gefunden werden kann. Fällt diese Feststellung negativ aus, so wird der Schlichter mit den beiden unparteiischen Beisitzern den Schiedspruch fällen.

Die Tagung des Hauptvollzugsausschusses der Sowjetunion

BRN. Moskau, 9. Jan. (Tel.) Der Hauptauschuß der Sowjetunion nahm einen Antrag an, der die innere und äußere Politik der Regierung billigt und den Wirtschaftsplan für 1931 bestätigt. Der Haushaltsauschuß wird einen entsprechenden Beschluß über den Haushalts- und Finanzplan vorlegen. Weiter erörterte der Hauptvollzugsausschuß den Bericht des Arbeitskommissars über die Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Tagung des Hauptauschusses dürfte nächste Woche geschlossen werden.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

BRN. Washington, 9. Jan. (Tel.) Der Vorsitzende des Ausschusses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Woods, schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig auf 4 bis 5 Millionen. Er glaubt nicht, daß sich die Lage in dieser Hinsicht vor dem Frühling bessern werde. In nichtamtlichen, aber gut unterrichteten Kreisen, glaubt man, daß sich die Zahl der Arbeitslosen auf 6 bis 7 Millionen beläuft.

Auffstandsveruch in Südastralien

BRN. Adelaide, 9. Jan. (Tel.) Etwa 1000 Streikende versuchten heute in die Amtsräume des Premierministers von Südastralien einzudringen, woran sie durch das Eingreifen der Polizei, die zahlreichere Verbände vornahm, verhindert wurden. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Der Premierminister, der den Vorfällen zusah, erklärte, es handele sich um den Versuch, die beschaffungsmäßige Regierung zu stürzen, und es lägen Beweise dafür vor, daß die Sache von Kommunisten ausgehe.

aufserhalb dieses Fragenbereichs liegen, eine tiefgreifende Umschichtung der politischen Kräfte in Deutschland vollzogen. Wie sich diese mit Beziehung auf die Reichsreform auswirkt, läßt sich schwer sagen. Nebenfalls sind jene politischen Gruppen in der Mitte, die sich seitdem am leidenschaftlichsten für eine Reichsreform im unitarischen Sinn eingesetzt haben, stark zusammengekommen.

Wirtschaftliche Umschau

Wirtschaftsgemeinschaft Deutschland — Erziehung des deutschen Käufers — Deutsches Benzin — Daimler-Benz

Dieser Tage hat der Enqueteauschuß eine unter Mitwirkung der Länderregierungen, der Kommunalverwaltungen und der verschiedenen Wirtschaftsorganisationen entstandene neue Arbeit veröffentlicht, welche die innere Verflechtung der deutschen Wirtschaft behandelt und die Bedeutung der im Reich verförperten größeren Lebensgemeinschaft als Interessengemeinschaft schildert. Dabei wird mitgeteilt, daß 80 bis 90 Proz. der deutschen Produktion im Inland abgesetzt werden, daß also das Schwerkgewicht auf dem Binnenmarkt liegt, und auf dieser Grundlage sich erst das Auslandsgeschäft gedeihlich entfalten kann. Der Rückschluß kann nur der sein, daß jeder Volksgenosse die Verpflichtung hat, zu seinem Teil an der Stärkung der deutschen Produktion mitzuwirken. Durch diese Arbeit des Ausschusses wird die Schicksalsverbundenheit der verschiedenen Berufs- und sozialen Schichten wie auch der einzelnen Produktionsgebiete des Reichs zu einer Arbeits- und Interessengemeinschaft klar herausgestellt. Das zeigt insbesondere der Abschnitt über die räumliche Verflechtung der deutschen Produktion. Hier erscheinen die einzelnen Reichsteile jeweils als Bedarfs- und Überschufgebiete, wobei die landwirtschaftlichen Überschufgebiete auch als Kinder- und Schulstufen für die menschlichen Arbeitskräfte der deutschen Industrie und zum Teil auch als spätere Altersheime erscheinen. Die Wechselbeziehungen der einzelnen Gebiete im Leben und Nehmen weisen so besonders auf die Notwendigkeit hin, sich immer wieder auch der Bedeutung der deutschen Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft klar zu werden.

Die blauen goldgestreiften Wagen des Berlin-Riviera-Neapel-Express, der in diesen Tagen erstmals durch unser badisches Land nach dem Süden fuhr, sind das Erzeugnis einer englischen Waggonfabrik. Warum, das entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit, die sich fragt, ob nicht Wege gefunden hätten werden können, den Auftrag für die Fahrzeuge dieses internationalen Verkehrsmittels wenigstens den durchfahrenden Ländern zuzuführen zu lassen, also wenn es nicht anders gegangen wäre, Deutschland und Italien, durch die ja auch die Strecken etwa zu gleichen Teilen führen, außer der kürzeren Strecke durch die Schweiz. In Erinnerung ist noch der Bau der Funktürme in Mühlfelder aus amerikanischem Holz, obwohl man zu gleicher Zeit in Dänemark deutsches Holz für dortige Funkturm-bauten als ausgezeichnet befand. Eine Anfrage im Württembergischen Landtag will jetzt wissen, ob es tatsächlich zutrefte, daß die Kraftverkehr Württemberg AG., an der sowohl das Reich wie Württemberg, wie die Stadt Stuttgart weitgehend finanziell beteiligt sind, für ihre Zweigstelle Ulm die Ford-Berretzung übernommen hat. Immer wieder hören wir von der Ausstattung amtlicher Bauten mit ausländischem Material, der Anschaffung amerikanischer Büromaschinen durch amtliche Stellen, auch durch städtische Sparkassen, obwohl es sicher auch mit deutschen Maschinen gehen würde, wie bestimmt versichert wird.

Andererseits haben freilich eine Anzahl öffentlicher Stellen gute Beispiele gegeben, wie die Reichsbahn, die beschlossen hat, in diesem Jahr nur Eisenbahnschwellen zu kaufen, die aus deutschem Holz hergestellt sind, oder wie eine Anzahl von Länderverwaltungen, welche die Verwendung deutscher Baumaterialien bei öffentlichen Bauten verlangen. Durch solches Beispiel werden die Versuche jedenfalls sehr wirksam unterstützt, den deutschen Käufer zu erziehen, von dem kürzlich die Londoner „Times“ in ihrer Wirtschaftsbeilage schrieb, er sei ohne Geschmack und Tradition, es sei zu empfehlen, ihm die Ware nicht etwa in deutscher, sondern möglichst in ausländischer Aufmachung darzubieten, dann sei er bereit, hohe und höchste Preise zu bezahlen. Wir glauben, daß sich die „Times“ doch täuscht. Ein immer größer werdender Teil des deutschen Publikums erkennt jedenfalls allmählich die Wichtigkeit der Bevorzugung deutscher Waren und Produkte für unsere Volks- und Staatswirtschaft und für den Beschäftigungsgrad.

Man erfährt nun wieder einiges über die Produktion deutschen Benzins nach dem Hydrierverfahren (unter

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

hohen Druck und Wärme mit Hilfe von Katalysatoren) der F. G. Farben. In Leuna werden gegenwärtig rund 100 000 Tonnen im Jahr gewonnen, und zwar nicht nur aus Braunkohlen, sondern auch aus Teer und deutschem Erdöl. Das deutsche Rohöl war bisher nicht sonderlich geeignet für die Benzolgewinnung und machte bei den alten Verfahren (Destillation und Crackerfahren) gewisse Schwierigkeiten, die bei der Hydrierung wegfallen. Diese gestattet eine Ausbeute von 100 Proz., aber man kann sie je nach der Marktlage so modifizieren, daß man auch gute Schmieröle in gewünschter Menge gewinnen kann und außerdem ein hochwertiges Gas, das u. a. als Triebgas für die Zepeline dient. Das deutsche Benzin wird seit einiger Zeit durch die Gasolin AG. als „Leuna-Benzin“ in den Handel gebracht und als vorzügliches Produkt geschätzt.

Bekanntlich haben die F. G. Farben mit der amerikanischen Standard Oil Co. of New Jersey Abmachungen getroffen, wonach die Amerikaner diese Verfahren durch Vergabe von Lizenzen in der ganzen Welt, mit Ausnahme von Deutschland, verwerten können. Vor allem kommt hier die Gewinnung aus Erdöl in Betracht, da das Crackerfahren bisher die besten Rohöl nur 50 Proz. Benzinausbeute lieferte. In Deutschland selbst will der Farbentrust anscheinend Lizenzen für sein Verfahren an leistungsfähige Unternehmungen vergeben, was angesichts der neuen erheblichen Erdölfunde in Hannover Bedeutung bekommen würde.

Daimler-Benz schränkt seinen Betrieb in Mannheim immer weiter ein. Seiner Zeit, im März des vergangenen Jahres, wurde anlässlich neuer Entlassungen gegenüber Befürchtungen, daß das Mannheim-Benzwerk, bekanntlich die Geburtsstätte des Automobils, schließlich ganz stillgelegt oder verkauft und die gesamte Fabrikation nach Untertürkheim (Württemberg) verlegt werde, von der Verwaltung die Erklärung wiederholt, daß „eine über diese Maßnahmen hinausgehende Einschränkung des Betriebs nicht geplant“ sei. Damals beschäftigte das Mannheimer Werk noch 3000 Arbeiter und Angestellte. Heute werden von der Firma in Mannheim noch rund 1000 Arbeiter und Angestellte, also der dritte Teil beschäftigt, und zwar in den Abteilungen Montage, Landbau, Karosserie, Ersatzteile. Die Gießerei steht anscheinend vor der gänzlichen Stilllegung, sie beschäftigt nur mehr 50 Mann. Die beabsichtigte völlige Stilllegung wird damit begründet, daß die Gießerei nicht mehr rentabel sei. Das gleiche Schicksal soll nach Blättermeldungen aber auch der Abteilung Karosseriebau drohen, wobei allerdings von der Verwaltung die Hoffnung ausgesprochen wird, daß beide Betriebe bei besserem Abhat wieder in Gang gesetzt werden können. Daß man auf Grund der gemachten Erfahrungen mit früheren Mitteilungen derselben Stelle skeptisch ist, ist erklärlich. Übrigens sollen auch in der Abteilung „Schlepper- und Traktorenbau“, die kürzlich eine mit erheblichen Unkosten vorgenommene technische Umstellung erfuhr, Entlassungen eintreten.

Man begreift die Verunruhigung des Plazes Mannheim, der nun rund 30 000 Arbeitslose hat und sich auch durch Maßnahmen anderer Unternehmungen, wie die beabsichtigte Verlegung der Zentralverwaltung der Waldhof-Zellstoff AG. nach Berlin (Verlust eines Steuerzahlers, der mehr als eine halbe Million Steuern jährlich aufbrachte) schwer geschädigt fühlt, gerade in der gegenwärtigen Periode der schweren Finanznot. Im Falle Daimler-Benz sind es zusammen mit anderen Betriebs-einschränkungen auch die steigenden Zinslasten, die der Stadt größte Sorge machen müssen, dabei sind viele der Entlassenen feinerzeit von auswärts unter Aufgabe ihrer früheren Stellungen nach Mannheim gekommen. Es wird auch daran erinnert, daß die Stadt der Firma Daimler-Benz Steuervergünstigungen gewährt hat für den Fall einer durchschnittlichen Beschäftigung von 1500 Arbeitern und Angestellten. Zur Zeit wird die Frage untersucht, ob die Stadt noch an diese Abmachungen gebunden ist.

Geschäftsinspektorenprüfung vor Handelskammern. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen haben im laufenden Jahre 2114 Einheitsjurisprudenzprüfer und 587 Stolz-Schrehaner die Geschäftsinspektoren-Prüfungen vor dem deutschen Industrie- und Handelskammern bestanden. Die Vorprüfung legten erfolgreich ab 581 Einheitsjurisprudenzprüfer und 137 Stolz-Schrehaner. Es zeigt sich, daß die Einheitsjurisprudenz, die von den Regierungen für die Schulen und Behörden vorgeschrieben ist, auch im Handel und Industrie immer mehr festen Fuß faßt und auf dem besten Wege ist, die älteren Systeme auch in der deutschen Wirtschaft zu verdrängen.

Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse hielt in Köln seine alljährliche Wintertagung ab. In einer Entschließung brachten die Vertreter der Zentrumspresse zum Ausdruck, daß sie die vom höchsten Verantwortungsbewußtsein getragenen Arbeiten des Reichstanzlers Dr. Brüning, deren Ziel die Wiedergewinnung der Freiheit Deutschlands ist, in jeder Weise nachdrücklich und einmütig zu fördern willens sind.

Eine neue Enzyklika des Papstes über die christliche Ehe nimmt gegen die sog. Kameradschafts- und ähnliche Erfindungen Stellung und verwirft grundsätzlich jede geschlechtliche Betätigung außerhalb der Ehe. Jeder Mißbrauch der Ehe (Geburtenkontrolle) und jede direkte Vernichtung des menschlichen Lebens wird als dem Gesetz Gottes entgegen als naturwidrig zurückgewiesen. Schließlich weist sie auf die verhängnisvollen Folgen der Ehescheidung hin.

Die Ostreise des Kanzlers

Besuch Oberschlesiens

Die Ostpreußenreise des Kanzlers hat am Donnerstag mit dem Besuch der Weichselstädte und der Hauptstadt des Regierungsbezirks Marienwerder ihren Abschluß gefunden. Abends reisten die Herren durch den Korridor über Küstrin nach Oberschlesien ab. Über das Ergebnis der Ostpreußenreise wird berichtet, es ergebe sich aus den mannigfachen Eindrücken als Gesamtbild die Tatsache, daß der Reichstanzler, mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten helfend einzugreifen, auf Verständnis gestoßen sei. Hiermit dürfte die Grundlage geschaffen sein, die der Reichstanzler als das wichtigste Fundament einer wirksamen Hilfe bezeichnet hat.

In Oberschlesien wurde zunächst die Provinzhauptstadt Oppeln besucht, wo heute, Freitag, im Oberpräsidium sogleich eine Besprechung mit führenden Persönlichkeiten aus der Provinz begann.

Oberpräsident Dr. Latschke begrüßte den Reichstanzler, wobei er u. a. ausführte, die Gesamtberufung der Ostprovinzen zeige, daß die Reichsregierung das Ostproblem in dieser großen Perspektive sehe und sich zur Richtlinie mache. Nachdem eine Reihe von Rednern die besonderen Wünsche und Sorgen Oberschlesiens zum Ausdruck gebracht hatten, sprach Reichsminister Treviranus.

Das Schlusswort nahm Reichstanzler Dr. Brüning. Er führte u. a. aus: Er habe feststellen müssen, daß mit den von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung zur Verfügung gestellten Mitteln in den betroffenen Grenzgebieten nicht immer das herausgeholt worden sei, was unter allen Umständen hätte erreicht werden können. Das Zusammenarbeiten der Behörden sei nicht immer so gewesen, wie es notwendig wäre. Wenn es gelinge, alle Kräfte zusammenzufassen auf eine klare Erkenntnis und ein einheitliches Ziel hin, werde auch mit den geringeren Mitteln, die zur Verfügung stehen, in der nächsten Zeit erheblich mehr geschaffen werden können, als in der Vergangenheit. Die Stärkung der produktiven Kraft des ganzen Landes sei notwendig, um von dorther an alle übrigen Fragen heranzugehen. Notwendig sei, daß in den Grenzgebieten diese Dinge geschaffen würden, ohne parteipolitische Gegensätze, die die Bevölkerung in unverantwortlicher Weise aufspalten, und ihr den Glauben nehmen, daß ein ernster Wille der Reichsregierung vorhanden sei, zu helfen. Diese Hilfe verzichte auch darauf, bessere Vorschläge zu machen und unterstütze dadurch das Selbstbewußtsein der Grenzbevölkerung. Er sei hierher gekommen, dieses Selbstbewußtsein wieder zu heben. Wenn man sich jenseits der Grenze über die Reise aufgehalten habe, und ihr irgendeine außerpolitische Bedeutung beigemessen habe, so müsse er feststellen, daß diese Aufregung der Reichsregierung beweise, daß sie mit dieser Reise den besten Weg gegangen sei.

Alsdann begann die Fahrt durch das winterlich verschneite Oberschlesien, zunächst nach Rosenber.

Die deutsche Delegation für Genf

Die deutsche Delegation für die Tagung des Europaabkommens, der drei Tage vor der eigentlichen Ratstagung, nämlich am 16. Januar, in Genf seine Arbeiten aufnehmen wird, setzt sich, außer dem Reichsaußenminister Dr. Curtius aus den Ministerialdirektoren Gauß und Ritter vom Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Koffe vom Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat von Weizsäcker und Legationsrat Wermann zusammen.

Die Delegation wird am 14. Januar nach Genf abreisen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

4357 000 suchen Arbeit

Im letzten Berichtsabschnitt des Jahres 1930, vom 16. bis 31. Dezember 1930, sind nach dem Bericht der Reichsanstalt in der Entwicklung des Arbeitsmarktes wesentlich neue Merkmale nicht hervorgetreten. Ähnlich wie in der ersten Hälfte des Monats Dezember haben die bekannten, überwiegend in der Jahreszeit liegenden Gründe zu einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit geführt, dabei hat jedoch die Schnelligkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzieht, im Vergleich zum Vorjahre weiterhin merklich nachgelassen. Vom 16. bis zum 31. Dezember hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 210 000 auf rund 2 155 000, in der Arbeitslosenversicherung um rund 64 000 auf 667 000 zugenommen.

Die Fählung der arbeitslosen Arbeitssuchenden am 31. Dezember ergab rund 4 357 000, das heißt, seit der Mitte des Monats ein Anwachsen um rund 380 000 Personen. Ende Dezember des Vorjahres war — nach einer Zunahme um rund 489 000 — eine Zahl von rund 2 851 000 Arbeitslosen erreicht. Das Zunahmetempo hat sich im Dezember 1930 gegenüber dem Vorjahre erheblich verlangsamt.

Höher als im Reichsdurchschnitt ist die Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in den Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Niedersachsen, geringer dagegen in Brandenburg, Nordmark, Westfalen, Rheinland und Sachsen.

Beflagung am Reichsgründungstage. Aus Anlaß des 60. Reichsgründungstages werden am 18. Januar die Reichsdienstgebäude im ganzen Reich nach den Bestimmungen des Erlasses vom 20. März 1929 beflaggt.

Die Reichsfinanzminister Dietrich wird in den nächsten Tagen mit einer Reihe von Vertretern der Wirtschaft Fühlung nehmen, um mit ihnen über die Vorschläge zum Arbeitslosenproblem zu beraten, die er in Stuttgart und Heilbronn erörterte. Im Reichsarbeitsministerium wird gleichfalls an neuen Lösungsmöglichkeiten des Arbeitslosenproblems gearbeitet. Die erste Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Dr. Brüning wird sich mit diesem Kernproblem der deutschen Wirtschaft eingehend befassen.

Besprechungen über die Arbeitsdienstpflicht. Besprechungen mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Frage der Arbeitsdienstpflicht werden am 12. Januar im Reichsarbeitsministerium abgehalten werden. Es sollen bei dieser Gelegenheit u. a. alle im Reichstage vorliegenden Anträge über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erörtert werden.

Der Stapellauf des Panzerschiffes A (Ersatz Preußen) wird, der „D. Allg. Ztg.“ zufolge, voraussichtlich am Jahrestag der Schlacht von Tannenberg, am 31. Mai, stattfinden. Die Entschlebung, ob der Reichspräsident am Stapellauf teilnimmt, wird im April fallen.

Der Schiedsspruch für den sächsischen Steintohlenbergbau, der eine Senkung der Tariflöhne um 6 Proz. vorsieht, wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Der Remarquefilm in Oesterreich

Der österreichische Innenminister Winter hat den Wiener Bürgermeister Seitz (Wien ist bekanntlich ein besonderes Bundesland) dringend ersucht, die weitere Aufführung des Films in Wien zu verhindern. Der sozialdemokratischen Partei angehörende Bürgermeister lehnte jedoch das ab und protestierte dabei, daß am Freitag die Abendvorstellungen von der Polizei ohne seinen Auftrag als Landeshauptmann verboten worden seien. Für das Land Niederösterreich ist von dessen Landeshauptmann ein Verbot bereits erlassen worden.

Im oberösterreichischen Landtag beantwortete Landeshauptmann Dr. Schlegel eine sozialdemokratische Anfrage zu dem auch dort bereits erlassenen Verbot, und führte dabei u. a. aus, daß der Film eine vollkommen einseitige Darstellung aufweise, die ganze Kraft des Krieges und seine menschlichen Schwächen ausschließlich auf deutscher Seite suche und finde, und jedes ethische Moment auf deutscher Seite offenbar bewußt vermissen läßt. Diese Darstellung werde von breiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere von den Kriegsteilnehmern, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, als Verhöhnung empfunden. Aus dem Gesichtspunkt der Volkssammenghörigkeit habe sich der österreichische Ministerat veranlaßt gesehen, es als wünschenswert zu bezeichnen, daß der Film in Oesterreich nicht aufgeführt werde.

Amerika soll Deutschland helfen

Der amerikanische Bankier Paul W. Warburg hielt in New York in der gemeinsamen Aufsichtsratsitzung mehrerer großer Banken eine längere Rede, in der er zunächst auf die allgemeine Erörterung der Ursachen der gegenwärtigen Depression hinwies. Er erklärte, die Wichtigkeit der Ansicht, daß Geldmangel und unrichtige Goldverteilung die Krise verursacht hätten, müßte stark bezweifelt werden. Es sei bedauerlich, daß die amerikanische Regierung eine Vertretung der amerikanischen Bundesreserverbanken im Aufsichtsrat der F. Z. J. verhindert habe.

Warburg führte weiter aus, man müsse hoffen, daß auch Amerika schließlich einsehen möge, daß es nicht die Kaufkraft seines größten Marktes, nämlich Europas, lähmen könne, ohne sich selbst zu schädigen. Amerika sollte Deutschland in seinem Bestreben, sein Haus in Ordnung zu bringen, jede moralische und materielle Unterstützung gewähren. Der Entschluß Deutschlands, ein Moratorium zu beantragen, würde weder die Rawes- oder Younganleihe noch irgendwelche deutsche öffentliche oder Privatleihen berühren.

Internationale Juristentagung in Paris

In Vorbereitung des für August 1932 im Haag vorgesehenen Kongresses der Internationalen Akademie für Vergleichendes Recht sind am Sitz des Völkerbundesamtes für geistige Zusammenarbeit in Paris etwa 50 Rechtslehrer von etwa 20 Ländern (darunter Deutschland, Frankreich, England, Italien, Spanien, Oesterreich, Ungarn, Japan usw.) zusammengetreten.

Als einer der Generalsekretäre hielt Professor Valogh (Berlin) einen Vortrag über die künftigen Bezugsgegenstände. Die Sachverständigen sind sich darüber einig, daß eine Gegenüberstellung der Behandlung gewisser Fragen, die sowohl das öffentliche wie das Privatrecht betreffen, im Gesetz und Rechtsprechung der einzelnen Länder zur Förderung der Vereinheitlichung wünschenswert sei. Es wurde die Einsetzung von Länderauschüssen beschlossen, die für die Haager Tagung positive Anregungen in dieser Hinsicht ausarbeiten sollen. Der Vorstand der Akademie behält enge Fühlung mit den verschiedenen juristischen Organisationen, die an dem gegenwärtigen Unternehmen, das der Annäherung der Völker durch das Recht dient, interessiert sind.

Tarifloser Zustand und Lohnsenkung im Holzgewerbe

Die wiederholten Verhandlungen über Erneuerung der Lohnsätze im deutschen Holzgewerbe haben zu keinem Ergebnis geführt. In dem weitaus größten Teil des holzverarbeitenden Gewerbes ist daher hinsichtlich des Lohnes ein tarifloser Zustand eingetreten.

In Arbeitgeberkreisen wird erklärt, daß die trostlose Lage der Holzindustrie nicht mehr die Beibehaltung der bisherigen Löhne gestatte, die zum Teil weit über den Löhnen anderer Berufsgruppen lägen und den Friedensreallohn wesentlich überschritten.

Nachdem erneute Bemühungen durch Verhandlungen, eine Lohnregelung herbeizuführen, Ende Dezember wieder ergebnislos geblieben sind, hat sich die organisierte Arbeitgeberchaft, wie sie mittelt, entschlossen, spätestens am 15. Januar 1931 alle bestehenden Löhne ebenso wie die Akkorde um 8 Proz. zu senken. Sie halte dabei grundsätzlich fest, daß eine 15prozentige Lohnsenkung erforderlich wäre, die auch in vollem Umfang durchgeführt werden müßte, falls bis zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt eine Verständigung auf dem Verhandlungswege nicht erfolgt sein sollte. Hinsichtlich des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe sind die Vorbereitungen für die Erneuerungen des gefündigten Vertrages im Gange.

Schwindel über deutsche Geheimrüstungen. Zur Zeit laufende im Pariser „Journal“ veröffentlichte Artikel über deutsche Geheimrüstungen und unerlaubte Befestigungsarbeiten, werden in Kreisen des Reichswehrministeriums als vollkommener Schwindel bezeichnet. An allen diesen Behauptungen über unerlaubte Befestigungsarbeiten ist kein wahres Wort.

Die Birmasener Bombenaffäre. Die Regierung der Pfalz hat den dritten kommunistischen Bürgermeister von Birmasens, Heinrich Schreiber, der wegen Verdacht der Beteiligung an der Herstellung von Bomben im Zweibrücker Gefängnis sitzt, vorläufig seiner Dienste entbunden. Weiterhin wird bekannt, daß sich an das Strafverfahren unmittelbar das Disziplinarverfahren anschließen wird.

Festnahme einer nationalsozialistischen Sturmabteilung in Waldburg (Schlesien). Eine Sturmabteilung der Nationalsozialisten wurde abends gegen 10 Uhr bei einer Nachtlagerung von einem Kommando der Schutzpolizei überrascht. Von den 40 Teilnehmern wurden 17 Personen vorübergehend festgenommen. Die meisten trugen verbotene S.-A.-Uniformen.

Preussens Schulden: 633 Millionen. Im Hauptauschluß des preussischen Landtags wurde die augenblickliche Schuldenlast des preussischen Staates mit 633 Millionen Reichsmark bei einem Zinsendienst von 67 Millionen Reichsmark angegeben, das sind 91 Millionen Reichsmark mehr als im Vorjahr.

Zum Präsidenten des Memelländischen Landesdirektoriums ist vom litauischen Gouverneur des Memelgebietes nunmehr der Direktor der landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgesellschaft in Memel, Witter, ernannt worden. Er ist politisch nicht gebunden, steht aber den deutsch-litauischen Mehrheitsparteien nahe.

Kann im Winter gebaut werden?

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat sich seinerzeit in einer besonderen Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob sich die Saisonchwankungen in der Bauwirtschaft, durch die bekanntlich die Arbeitslosenversicherungsstellen, aber auch die kommunale Wohlfahrtspflege aufs härteste belastet werden, künftig vielleicht überwinden lassen.

Die Bauwirtschaft, die einschließlich der Baustoffindustrien etwa drei Millionen Arbeiter beschäftigt, entläßt in jedem Winter etwa die Hälfte hiervon. Dadurch entsteht in jedem Winter ein Lohnausfall von rund einer Milliarde Reichsmark, der die Massenarbeitslosigkeit erheblich beeinträchtigt und dadurch Handel und Wandel schwer schädigt. In der obengenannten Beratung der Vorschaukommission vertrat Dr. Günther Kühn, der zur Zeit im Auftrage der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen diese Frage untersucht, den Standpunkt, daß es sich bei den Saisonchwankungen nicht, wie meist behauptet wird, um eine durch Winterfälle naturgegebene und unabänderliche Notwendigkeit handele. Zum Beweise hierfür wies er nach, daß die Schwankungen in der Bauwirtschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte bereits erheblich abgenommen haben. Er wies ferner nach, daß es in New York trotz erheblicher größerer Temperaturschwankungen und Kälte möglich gewesen sei, die Bauperiode um ein Drittel zu verlängern. Eine von Doover ins Leben gerufene Untersuchungskommission habe festgestellt, daß es weder im Hochbau noch im Tief- und Straßenbau eine Bauarbeit gäbe, die nicht auch im Winter ausgeführt werden könne. In Deutschland habe man sich viel zu sehr an das Auf und Ab im Bauwesen gewöhnt und noch nicht ernstlich versucht, das Baugewerbe möglichst das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen. Allerdings sei das Bauen im Winter um 3 bis 5 Prozent teurer als im Sommer, aber die Verkürzung der Bauzeit wiege durch die damit verbundene Zinsersparnis die Mehrkosten auf. Nach Ansicht des Referenten ist es in erster Linie die öffentliche Hand, die beim Bau von Straßen und öffentlichen Gebäuden die Sommerzeit bevorzugt und dadurch eigentlich die Saisonchwankungen zu einem nicht geringen Teile veranlaßt.

Der Grund hierfür liegt hauptsächlich darin, daß das Glatteis im Frühjahr beginnt, und daß dann erst die Aufträge erteilt werden. Infolgedessen fallen sie in eine Zeit, in der die Bautätigkeit ohnehin stärker einsetzt. Zur Überwindung dieser Saisonchwankungen schlug Dr. Kühn eine Verlegung des Beginns des Glatteis vor. Ferner verlangte er, daß bei der Vergabe der Hauszinsfremdhypotheken solche Bauherren bevorzugt werden sollen, die im Winter bauen lassen wollen. Die Reichsbahn soll durch ermäßigte Wintertarife für Baustoffe die Beschäftigung in den Wintermonaten fördern, denn eine gleichmäßiger Produktion führt zu gleichmäßiger Verteilung der Transporte, und hierin hat auch die Eisenbahn großen Vorteil.

In der an das Referat sich anschließenden Aussprache vertrat der Leiter einer großen Baufirma den Standpunkt, daß es technisch durchaus möglich sei, im Winter zu bauen, ohne daß dadurch eine Verschlechterung der Qualität der Bauwerke und eine Verminderung ihrer Dauerhaftigkeit eintreten müsse, insofern es nur gelinge, das Bauwerk gegen die kalte Luft abzuschließen. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten betragen etwa 3 bis 4 Prozent der Baukosten und werden außerdem häufig durch Zinsersparnis ausgeglichen. Die Frage des Bauens im Winter ist freilich nicht ausschließlich technische. Ihre Lösung hängt vielmehr auch von vielen anderen Dingen, insbesondere von der Finanzierung der Winterbauten ab. Wir sehen deshalb auch, daß selbst in so einem warmen Winter wie dem letzten die Bautätigkeit sehr darniederlag, weil ihre Finanzierung bei den gegenwärtigen Geldmarktwertverhältnissen meist unlösliche Aufgaben stellte. Eine anderweitige Verteilung der Hauszinssteuern würde wahrscheinlich schon etwas helfen.

Eisenbahnunglück in Polen

W.D. Warschau, 9. Jan. (Tel.). Wie dem „Gepres Borany“ aus Wilna gemeldet wird, ereignete sich auf der Strecke Ostki-Bojskowiec ein schweres Eisenbahnunglück. Infolge der Fahrlässigkeit eines Maschinisten überfuhr ein Personenzug etwa 4 Kilometer vor Ostki das Haltssignal und stieß mit einem dort haltenden Güterzug zusammen. Der Personenzug wurde aus dem Gleis geworfen. Es sollen angeblich 60 Personen verletzt worden sein. Der Führer, der betrunken gewesen sein soll, wurde verhaftet.

Kleine Chronik

In Stuttgart wurde heute nacht die 21 Jahre alte Barbare Creszentia Bentele von einem Manne, den sie in der Residenzdielen kennengelernt und mit nach Hause genommen hatte, durch Pistolenschüsse in Brust und Rücken lebensgefährlich verletzt. Der Versuch, das Opfer zu berauben, ist mißglückt. Der Täter ist geflüchtet.

Wie aus Oberhausen (Allgäu) gemeldet wird, ist der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer bei einer Skitour auf dem Gohentopf, verunglückt. Bei der Abfahrt kam er zu Fall und zog sich eine Verletzung der Wirbelsäule zu.

Über die Ursache der Aldorfer Grubenkatastrophe ist der Unfallausschuß der Grubenversicherungskommission in seiner Mehrheit der Meinung, daß unter Tage eine Schlagwetterexplosion stattgefunden hat, bei der Kohlenstaub mitgewirkt hat. Diese Explosion hat dann über Tage im Schachtgebäude eine starke Kohlenstaubexplosion ausgelöst. Nach dem Umfang der Zerstörungen zu urteilen, müssen unter Tage große Mengen Grubenstaub freigegeben sein. Ursache und Herd der Explosion konnten nicht festgestellt werden.

Auf die Sparkasse in Steinhorst bei Hamburg war von sechs Personen, die mit einem Auto kamen, ein Raubüberfall verübt worden. Zwei Räuber wurden von der Polizei so gleich dingfest gemacht, drei weitere heute in Hamburg. Es handelt sich um vorbereitete Männer. Sie hatten beabsichtigt, in Binneberg und Umgebung weitere Raubüberfälle auszuführen.

Der stellvertretende Direktor der Berliner Universitäts-Frauenklinik, Prof. Richard Hornung, hat in seiner Wohnung seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Der Gelehrte, der ein Alter von nur 38 Jahren erreicht hat und einer der hervorragendsten Berliner Frauenärzte war, hat die Tat offenbar in einem Anfall von Schwermut begangen.

Der Inhaber des Bankgeschäftes Primavesi & Co. in Schwedt a. d. Oder, Karl Primavesi, und sein Professor Paul Hölzel wurden verhaftet. Beide sollen — der „Köf. Ztg.“ zufolge — anvertraute Gelder und Wertpapiere in Höhe von 400 000 Reichsmark unterschlagen haben.

Die weitere Untersuchung der bei der Breslauer Reichsmonopolverwaltung aufgedeckten Spritdiebstähle hat zu neuen Verhaftungen geführt. Insgesamt befinden sich nunmehr fünf Angestellte und Arbeiter der Reichsmonopolverwaltung, sowie ein Brennereibesitzer und ein Kaufmann in Untersuchungshaft. Das Strafverfahren ist gegen 14 Personen eingeleitet, darunter 6 Gastwirte.

Schlichtungsverhandlungen für Behördenangestellte. In dem Tarifstreit um die proportional Gehaltsförmung bei den Reichs- und den preussischen Staatsangestellten hat der Reichsarbeitsminister Schlichtungsverhandlungen auf den 15. Januar anberaumt.

Badischer Teil Verbot der „Arbeiterzeitung“ auf zwei Wochen

Der Minister des Innern hat das Erscheinen der in Mannheim herausgegebenen „Arbeiterzeitung“ auf die Zeit vom 9. bis 22. Januar verboten. Begründeter Anlaß hierzu war die Form der Kritik der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich über das Arbeitslosenproblem, welche dieser am 6. Januar d. J. in Stuttgart gehalten hat. Minister Dietrich hat bekanntlich die Frage aufgeworfen, ob es nicht angebracht sei, mit den 250 Millionen Reichsmark, welche die Unterbringung der Arbeitslosen in Deutschland pro Monat kostet, die entscheidende Rohstoffproduktion anzufurbeln oder die verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen, damit auf diese Weise den Arbeitslosen Beschäftigung gegeben werden kann. Für jeden arbeitslosen Arbeiter oder Angestellten müßte eine entsprechende Summe ausgezahlt werden. Von einer Einstellung der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung hat der Minister nicht gesprochen, im Gegenteil ausdrücklich bemerkt: „Würden wir dies tun, hätten wir am anderen Tage eine Revolution im Lande.“

Gleichwohl nannte die kommunistische „Arbeiterzeitung“ den Vorschlag Dietrichs einen fast ungläublichen Wahnsinnplan der faschistischen Brüning-Regierung. Dieser Plan sei das wahrhaftigste und verbrecherische, was je eine Regierung ausgeführt habe.

In diesen Ausführungen liegt eine schwere Beschimpfung eines Mitgliedes der Reichsregierung, sowie der gesamten Reichsregierung und damit ein Verstoß gegen das Republikstrafgesetz, weshalb ein Verbot der „Arbeiterzeitung“ auf 14 Tage erfolgt ist.

In der heutigen Zeit der schlechten Wirtschaftslage ist es unverantwortlich, unsinnige und falsche Behauptungen über die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer eventuellen Beseitigung in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Badischer Landtag Die nächste Vollziehung

Die nächste Vollziehung des Badischen Landtags findet am Donnerstag, den 15. Januar, vormittags 9 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende förmliche Anträge: des Abg. Wagner (NatSoz.) betr. politische Äußerungen des Ministers Dr. Kemme in Volksversammlungen, des Abg. Teufel vom So. Volksd. betr. Bekämpfung und Beseitigung der Kriegsschuldfrage, des Abg. Dr. Matthes betr. Ablehnung der Vorkaufsklausel in einem Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche und des Abg. Freiherr von Marischal betr. Überschreitung der Amtsgewalt durch Polizeibeamte. Weiter stehen zur Verhandlung Anträge der Ausschüsse für Rechtspflege und Verwaltung und den Haushalt, sowie einige Gesetze.

Der Rechtspflegeausschuß

des Badischen Landtags ist Donnerstag nachmittag zusammengetreten, um die vor Weihnachten abgebrochene zweite Lesung des neuen Beamtengesetzes wieder aufzunehmen.

Ein nationalsozialistischer Antrag, den Paragraph 87b zu streichen, wurde abgelehnt. Die Bestimmungen über Dienststrafgerichte, deren Zusammenfassung und Verfahren fanden ohne wesentliche Änderungen Annahme. Man trat einem sozialdemokratischen Antrag bei, den Kreis der Verteidiger im Dienststrafverfahren weiterzugeben, indem jedem Beamten des Reiches und der Länder das Recht dazu gegeben wird. Ebenso wurde ein Zusatzantrag des Berichterstatters angenommen, der den richterlichen Beamten das Recht gibt, ein Dienststrafverfahren gegen sich selbst zu beantragen, gegenüber einer Dienststrafe oder einer Rüge wegen der Erledigung eines richterlichen Amtsgeschäfts.

Der gesamte Gesetzentwurf wurde schließlich mit 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit den beschlossenen Änderungen und Zusätzen angenommen, ebenso der Antrag, das Gesetz als dringlich zu erklären.

Die Redarkanalisation

Die beiden Stufen des Redarkanalisation und Redarkleinach sind fertiggestellt und werden in diesen Tagen endgültig in Betrieb genommen. Mit dem Bau der nächsten, redarkaufwärts gelegenen Stufen Dirschorn und Rodenau wird planmäßig in diesem Frühjahr begonnen.

Der Zuschlag zu den Brandentschädigungen

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1929 über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährenden Zuschlag zur geschädigten Brandentschädigung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. Januar 1931 an erfolgt, eine Gesamtentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich auf das 1,50fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften

Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. V. — waren am 1. Januar 1931 vorhanden: 121 Zentralgenossenschaften, 20 189 Spar- und Darlehensstellen, 4442 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 4747 Molkereigenossenschaften, 11 209 sonstige Genossenschaften. Es ist seit 1926 wieder ein geringer Rückgang eingetreten, der sich unter Zugrundelegung des am 1. Januar 1931 vorhandenen Bestandes auf 47 Genossenschaften bezieht.

Aus diesen Zahlenangaben läßt sich entnehmen, daß der Schwerpunkt der genossenschaftlichen Neugründungen sich zu den Gruppen der Molkereigenossenschaften und sonstigen Genossenschaften verschoben hat, also zu den Spezialgenossenschaften, was aufs neue zeigt, daß die Landwirtschaft bemüht ist, die Absatzfragen genossenschaftlich zu lösen. Was die anderen Gruppen angeht, so machen sich bei ihnen in immer stärkerem Maße die in den verschiedenen Gebietsstellen des Reiches bereits eingeleiteten örtlichen Vereinheitlichungsmaßnahmen im genossenschaftlichen Unterbau geltend.

Ende des Lohnstreits in der Südwestdeutschen Metallindustrie

Über die am 27. Dezember 1930 für die badische Metallindustrie gefällten Schiedsprüche, die für die Bezirke Mannheim-Ludwigshafen und Frankenthal eine Senkung der Arbeitslöhne von 6,5 Prozent, der Zeillöhne um 6 Prozent bei gelernten und angelegerten und 5 Prozent bei ungelerten Arbeitern, für die Bezirke Freiburg und Seekreis allgemein auf 5 Prozent vorsehen, fanden am Donnerstag vor dem Schlichter für Südwestdeutschland in Anwesenheit des pfälzischen Landesrichters Nachverhandlungen in Karlsruhe statt. Die Schiedsprüche waren von Arbeitgeberseite in sämtlichen Bezirken abgelehnt, von Arbeitnehmerseite, mit Ausnahme des Bezirks Mannheim-Ludwigshafen, angenommen worden. Nach längeren Beratungen wurden die Schiedsprüche für Frankenthal, Freiburg und Seekreis auf Antrag der Arbeitnehmerseite, von Mannheim-Ludwigshafen von Amts wegen im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt. Damit hat der Lohnstreit in der Südwestdeutschen Metallindustrie seinen Abschluß gefunden.

Aus der badischen Industrie

Zeitweise Stilllegung der Waggonfabrik Kastatt. Wie der Vorstand der Gesellschaft mitteilt, steht er verschoben, in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Nachrichten über das Unternehmen fern, und sie enthalten auch ganz erhebliche Unrichtigkeiten. Die ausgesprochenen Kündigungsvorgänge von Beamten und Angestellten sind eine sorgfältige Maßnahme, zu der auch sämtliche anderen deutschen Waggonfabriken genötigt waren, nachdem die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft erklärt hat, dem an sich schon verkürzten Auftrag für das erste Halbjahr 1931 keinen weiteren Auftrag für das zweite Halbjahr folgen lassen zu können. Infolgedessen wird, falls nicht die Reichsbahn doch noch Aufträge zu erteilen in der Lage ist, voraussichtlich die ganz Waggonindustrie eine zeitweise Stilllegung ihrer Betriebe vornehmen müssen. Das gegen den Betrieb der Waggonfabrik AG, Kastatt, nicht daran, ihr Werk dauernd zu schließen, und alle hieraus gezogenen Schlussfolgerungen sind daher gegenstandslos. Von der Kündigung werden 45 Angestellte und 350 Arbeiter betroffen. Wie die „Kast. Ztg.“ erfährt, ist die Stadterhaltung seit längerer Zeit für den Betrieb bemüht und konnte auch Teilerfolge erzielen. Sie wird sich weiterhin energisch dafür einsetzen, daß eine Stilllegung vermieden wird.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Bruchsal. Durch die Stilllegungen in der Tabakindustrie sind dem Arbeitsamt Bruchsal-Bretten auf einem Schlag zu den sonstigen Gesuchen der Erwerbslosen des Bezirks noch weitere 6000 Unterstützungsbesuche eingegangen, wodurch eine überaus hohe momentane Belastung des Amtes eingetreten ist, bei ruhiger Abwicklung aber bewältigt werden wird.

Arbeitsaufnahme in der Zigarrenindustrie. In Grafenhausen (Rahr) ruhen zur Zeit sämtliche Zigarrenfabriken, wodurch 300 Arbeiter beschäftigungslos geworden sind. Die Filiale der Zigarrenfabrik Seidinger in Dinglingen ging nunmehr durch Kauf an die Firma Geiger, Gantsch und Gauri G. m. b. H., Stumpfenfabriken, über. Der Betrieb soll alsbald mit Arbeitern beider Firmen aufgenommen werden.

In dem Lohnstreit der Mechanischen Weberei Breisach wurde vom Schlichter den Parteien ein Vergleichsvorschlag unterbreitet. Die Parteien bis zum Samstag diesem Vergleichsvorschlag nicht zu, so werden auf Dienstag neue Verhandlungen angesetzt, in denen es dann zu einem Schiedspruch kommen muß.

Aus der Landeshauptstadt

Die nächste Schwurgerichtstagung. Am Montag, den 20. Januar, beginnt die erste Schwurgerichtstagung dieses Jahres. Vormittags wird über einen Meineidsfall verhandelt, während am Nachmittage der Pressebeleidigungsprozeß des Pfarrers Först in Honau gegen den Schriftleiter des „Führer“, Moraller, stattfindet, dem eine Beleidigungszugrunde liegt, die das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg gegen Schriftleiter Moraller angebracht hat.

Geisteskranker Vatermörder. Die Untersuchung des 29 Jahre alten verheirateten Tagelöhner Karl Herr aus Kartung hat ergeben, daß Herr geisteskrank und daher strafrechtlich nicht verantwortlich ist. Das gegen ihn schwebende Verfahren wegen Ermordung seines 57 Jahre alten Vaters, die Tat geschah im November 1929, wurde auf Grund des § 51 StGB eingestellt und die Überweisung Herrn in die Heil- und Pflegeanstalt Jfenau angeordnet.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Hoher Druck liegt heute über Europa ausgedehnt. Eine Änderung der Wetterlage ist nicht eingetreten. **Vorausage:** Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 244 — 5, Basel u. Schaffhausen fehlt, Rehl 284 — 11, Maxau 483 — 23, Mannheim 434 — 32, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Januar		8. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.02	169.36	169.00	169.34
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.21	112.43
Italien . . . 100 L.	21.98	22.02	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.391	20.431	20.385	20.425
New York 1 D.	42.005	4.2085	4.1980	4.2060
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.468	16.508
Schweiz . . . 100 Fr.	81.38	81.54	81.375	81.535
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.03	59.15
Prag . . . 100 Kr.	12.45	12.47	12.432	12.452

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Januar hat sich in der verflochtenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 452,5 Mill. auf 4325,8 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 33,7 Mill. auf 405,4 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und dedungsfähigen Devisen haben sich um 68,7 Mill. auf 2616,3 Mill. Reichsmark ermäßigt. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 46,4 Proz. in der Vorwoche auf 51,2 Proz., diejenige durch Gold und dedungsfähige Devisen von 56,2 Proz. auf 60,5 Proz.

Der Privatdiskont ist, wie aus Berlin gemeldet wird, um je 1/8 Proz., und zwar für kurze Sichten auf 4 1/8 Proz., und für lange Sichten auf 4 3/4 Proz. ermäßigt worden.

Der Großhandelsindex. Im Monatsdurchschnitt Dezember stellte sich die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes mit 117,8 um 1,9 Proz. niedriger als im Vormonat (120,1). Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,4 Proz. auf 110,4 (112,0), die Indexziffer für Kolonialwaren um 2,7 Proz. auf 105,2 (108,1) und diejenige für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 2,7 Proz. auf 109,9 (112,9) zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Fertigerwaren ist weiter auf 142,9 (144,9) oder um 1,4 Proz. gesunken.

Waggonfabrik G. Fuhs AG, Heidelberg. Die Gesellschaft erzielte in dem am 30. Juli abgelaufenen Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuss von 1,39 Mill. Reichsmark, während im Vorjahr die Gewinn- und Verlustrechnung durch Sanierung ausgeglichen worden war. Die Umsatzen sowie die Auflösung der Abteilung Lastzugbau erforderten 910 331 (463 000) M, während Steuern und Zinsen mit 210 000 (369 000) M und Abschreibungen mit 124 743 (123 000) M ausgewiesen werden. Aus dem 146 839 M betragenden Reingewinn soll die Dividendenzahlung mit 5 Proz. wieder aufgenommen werden. 40 000 M sollen dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt und 6839 M auf neue Rechnung vorgetragen werden. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Warenvorräte sehr verringert worden sind, und zwar ohne Schädigung des Betriebes. Der Bericht weist ferner darauf hin, daß sich die Aktienmehrheit im Besitze der Westdeutschen Waggonfabrik in Köln befindet. Das laufende Geschäftsjahr hat bisher wesentlich geringere Aufträge gebracht.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Saib & Neu. Der Abschluß für 1929/30 (30. Juni) ergibt — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — nach 275 789 (i. B. 299 400) M Abschreibungen auf Anlagen einen neuen Verlust von 43 349 M, der zusammen mit dem Vorjahresverlust von 78 631 M vorgetragen werden soll bei 3 Mill. Reichsmark Aktienkapital (Generalversammlung 31. Januar, Tageskurs 20 Proz.).

Die Fried. Krupp AG. wird — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr wieder keine Dividende verteilen. Der Reingewinn bleibt infolge der rückgängigen Eisen- und Kohlenkonjunktur in den letzten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres erheblich hinter dem des Vorjahres zurück. (Generalversammlung 30. Januar.)

Die deutsche Zuderausfuhrquote. Die Vertreter der europäischen und außereuropäischen Zuderausfuhrländer haben bei den jetzigen Verhandlungen Deutschland das Angebot gemacht, die bisher vorgegebene Ausfuhrquote von jährlich 200 000 Tonnen bis 1934 beträchtlich zu erhöhen. Damit dürften die lang geplanten internationalen Vereinbarungen über eine Regelung des Überangebotes auf dem Weltzudermarkt zustandekommen. — Wie weiter gemeldet wird, soll die deutsche Ausfuhrquote für das Exportjahr 1930/31 auf 500 000 Tonnen, für 1931/32 auf 350 000 Tonnen und für 1932/33 und 1933/34 auf je 300 000 Tonnen beziffert werden. Die Rohproduzenten haben, um zu diesem Ergebnis zu gelangen, auf einen Export von 550 000 Tonnen verzichtet. Die europäischen Zuderausfuhrer verzichten auf 4 Prozent ihrer ihnen in Brüssel zugebilligten Quote, also auf insgesamt 200 000 Tonnen. Der Verein der deutschen Zuderausfuhrer hat beschlossen, für Montag, den 12. Januar, eine Sitzung einzuberufen und der Versammlung aller deutschen Zuderausfuhrer die Annahme dieses Vorschlages zu empfehlen. Dieses Ergebnis bedeutet nach monatelangen Verhandlungen eine Gesamtregelung des Überangebotes auf dem Weltzudermarkt. Man erwartet auf Grund dieser Regelung eine Preissteigerung auf dem Weltzudermarkt, die die Exportverluste zum großen Teil vermeiden lassen wird.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Rembach (Amt Waldshut) wurde der seitherige Bürgermeister, Landwirt W. Gaunter, mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In Nesselwangen (Amt Konstanz) konnte erst im 3. Wahlgang die Entscheidung bei der Bürgermeisterwahl fallen. Der bisherige Bürgermeister Steuer konnte nur 44 Stimmen auf sich vereinigen, während sein Gegenkandidat, Gemeinderat Karl Korherr, mit 66 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde.

Die Kreisversammlung des Kreises Offenburg wählte den seitherigen Kreisvorsitzenden, Rechtsambalt Friedemann, Offenburg, und den seitherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Schulrat Künbin, mit 22 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Staatspartei gegen 14 Stimmen der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei wieder. Eine Stimme war unglücklich. In den Kreisrat wurden von der erstgenannten Wahlgruppe 6 Mitglieder, von der zweiten 5 gewählt. Der Versammlung wohnte auch Landeskommissar Schwörer, Freiburg, bei.

Freiburg wird wieder Rentnerstadt. In der Zeit vom 1. April bis 1. Dez. 1930 wurde in Freiburg insgesamt 840 Familien von auswärtig die Berechtigung zur Ermietung einer selbständigen Wohnung zugesprochen. 323 Familien sind bereits mit Wohnungen versorgt. Die Tatsache, daß von den mit Wohnungen versorgten Familien 144 Wohnungen mit einem Mietwert von 1000 M und mehr bezogen haben, berechtigt zu der Hoffnung, daß der Zuzug auch dem Wirtschaftslernen zum Vorteil gereichen wird, und daß wieder, wie in Vorkriegszeiten, Freiburg als Rentnerstadt eine Rolle spielen wird.

Ein umlagefreier Vorschlag. Der Bürgerausschuß der Gemeinde Kappel (Amt Neustadt) genehmigte einstimmig den Vorschlag für 1930/31. Eine Gemeindeumlage ist nicht vorgesehen, da die Einnahmen in diesem Jahre zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß infolge der schlechten Holzpreise für das kommende Wirtschaftsjahr eine Umlage erhoben werden muß.

Die Schweiz will die Hegaubahn finanzieren. Auf einer Besprechung der Hegaubahninteressenten wurde, wie aus Stodach gemeldet wird, mitgeteilt, daß die Kosten des Hegaubahnprojektes auf rund 25 Mill. Reichsmark geschätzt würden. In der Schweiz bestehe Neigung dafür, dieses Projekt zu finanzieren.

Willingen muß einen Oberbürgermeister wählen. Bekanntlich war die Oberbürgermeisterwahl in Willingen dadurch ergebnislos verlaufen, daß das Zentrum weiße Zettel abgab und dadurch die Wahl des Oberbürgermeisters Lehmann verhinderte. Das Zentrum wollte diese Stelle einparieren und durch eine Satzungsänderung der Gemeindeordnung den amtierenden Bürgermeister mit den Befugnissen des Oberbürgermeisters betrauen. Dieser Plan scheitert aber an den zwingenden Vorschriften der badischen Gemeindeordnung. Nach einem Bescheid des badischen Innenministers muß daher der Bürgerausschuß in einem zweiten Wahlgang einen Oberbürgermeister wählen. Für diese Stelle könnte natürlich der stellvertretende Bürgermeister als Kandidat in Frage kommen. In diesem Falle müßte dann aber auch eine Neuwahl des stellvertretenden Bürgermeisters stattfinden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Zum Sandhäuser Genossenschaftskonturs
 D3. Heidelberg, 9. Jan. In der Angelegenheit des Konkurses der Landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaft Sandhausen fand in Heidelberg ein weiterer Termin zur Prüfung der Vorprüfungsrechnung statt. Der Fehlbetrag stellt sich bekanntlich auf 55 000 Reichsmark. Es ist zu erwarten, daß vom Rechner 20 000 Reichsmark zu bekommen sind, da eine Bürgerschaft in dieser Höhe geleistet wurde. Weitere 20 000 Reichsmark werden voraussichtlich von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern getragen werden müssen, weil sie die ihnen obliegende Sorgfaltspflicht verletzt haben. Die Haftsumme für jeden einzelnen Genossen beträgt an sich 300 Reichsmark, wenn aber die erwähnten 40 000 Reichsmark heringeholt werden können, ermäßigt sie sich auf je 100 Reichsmark. Die Zentralgenossenschaft in Karlsruhe, die einen Überbrückungskredit von 20 000 Reichsmark gewährte, ist bereit, von diesen 100 Reichsmark je 50 Reichsmark zu übernehmen, wenn die Genossen in eine zweite in Sandhausen bestehende Genossenschaft eintreten. Das Konkursgericht hat Vergleichsverhandlungen angeregt und Vorschläge zur schnellen Abwicklung des Konkurses gemacht, damit nicht weitere Schäden für die Betroffenen entstehen.

D3. Mannheim, 8. Jan. Zum Nachfolger des wegen hohen Alters nach 23jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getretenen Chefarztes des Heinrich-Lanz-Krankenhaus, Geh. Medizinalrat Dr. Gustav Heuch, des ersten Chefarztes des 1907 eröffneten Hauses, wurde dessen langjähriger Schüler und Vertreter, Dr. Hermann Haas ernannt.

D3. Heidelberg, 8. Jan. Die Universität hält ihre Reichsgründungsfeier am 17. Januar, vormittags 11 Uhr, im großen Saale der Stadthalle ab, mit Prof. Dr. Hoffmann als Festredner.

D3. Heidelberg, 9. Jan. Fälschlicherweise wurde der hiesigen Presse eine Nachricht vom Tode der Frau Adelheid Furtwängler übermittelt. Wie sich herausstellt, handelt es sich

um ein Fräulein Furtwängler, die auch in Heidelberg lebte. Frau Geheimrat Furtwängler, die Mutter des berühmten Dirigenten Furtwängler, weilt zur Zeit in Rom.

bid. Redarbischofsheim, 8. Jan. Im benachbarten Wollenberg wurde bei der Stammbolgaufnahme der Bürgermeister von einem erwerbslosen Küfergesellen beleidigt und tätlich angegriffen. Der Burtsche brachte dem Gemeindeoberhaupt Beschuldigungen an der Hand und am Arm bei. Der Mordling wurde hinter Schloß und Riegel gefesselt.

D3. Freiburg, 8. Jan. Reichsminister Dr. Brüning, der zu einer Besprechung nach Süddeutschland gekommen war, die in letzter Stunde abgefragt wurde, benutzte den dadurch gewonnenen freien Nachmittag, um mit der Schauinslandbahn zum Gipfel zu fahren.

D3. Ruppenheim (Amt Kastatt), 9. Jan. Zwischen Ruppenheim und Oberndorf überschlug sich an der ersten Kurve hinter dem Städtchen am Donnerstagnachmittag ein von Kastatt kommendes Auto, das einem Händler aus Sulzbach im Mürgental gehört. Es gab drei Schwerverletzte, die noch nicht oernehmungsfähig sind. Das Befinden eines Verletzten gibt zu Befürchtungen Anlaß. Das verunglückte Lastauto war mit etwa 10 Personen besetzt, die vom Kastatter Schweinemarkt kamen. Es wurden auch einige Personen leicht verletzt; der Wagen selbst ging völlig in Trümmer. Am schwersten verletzt ist der Zimmermeister Sed.

D3. St. Blasien, 8. Jan. Altbürgermeister Adolf Wähler und seine Ehefrau Maria, geb. Böhrler, feiern am Samstag ihre goldene Hochzeit. Der Jubilar ist 73, seine Jubelbraut 71 Jahre alt und beide noch so rüstig, daß sie ohne Beschwerden in altgewohnter Weise ihre weiten Spaziergänge machen. Wähler kann auf eine reiche Tätigkeit im Interesse seiner Heimatgemeinde zurückblicken, deren Geschichte er von 1903 bis 1920 als Bürgermeister leitete. So machte er sich verdient um die Restaurierung des alten Benediktinerklosters, als langjähriger Kommandant der freiwilligen Feuerwehr, und in anderen Ehrenämtern.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
 Verbot der Arbeiterzeitung.
 Auf Grund des § 13 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 91) wird die in Mannheim erscheinende

„Arbeiter-Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen (vom 9. Januar bis 22. Januar 1931 einschließlic) verboten.
 Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.
 Karlsruhe, den 8. Januar 1931.
 Der Minister des Innern:
 J. Wittmann

Losvertrieb
 Der Deutschen Lotterie-Emissions-Gesellschaft in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (Rote Kreuz-Geldlotterie) in Baden erteilt.
 Karlsruhe, den 6. Januar 1931.
 Der Minister des Innern:
 J. W. Weikel.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres
 Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 werden befördert:
 Zum Major: Hauptm. Hoffmann, Stab Gruppenkommando 2, zum Mittmeister: Oberlt. Jeller, Reiter-Regiment 18, zum Oberleutnant: Leutnant Jarosch, Artillerie-Regt. 5, zum Leutnant: Oberfähnrich Goede, Kraftfahr-Abt. 5.
 Mit dem 1. Januar 1931 werden versetzt:
 Stabsbateriar Dr. Meise, Fahr-Abt. 5, zur Mil.-Behrshn. in Hannover.
 Stabsbateriar Dr. Bruhns, Mil.-Behrshn. in Hannover zur Fahr-Abt. 5.
 Mit dem 31. Dezember 1930 sind ausgeschieden:
 Oberst von Nodenwald, Stab Gruppenkommando 2, Major Blum-Delorme, Infanterie-Regt. 14, Oberstabsarzt Dr. von Hertlein, Sanitäts-Abt. 5.

Verbesserte Qualitäten zu reduzierten Preisen
 im
Inventur-Ausverkauf

Einige Beispiele:
 Ski-Anzüge für Damen u. Herrn Bluse mit Ueberfallhose, 90% Wolle, dunkelblau, reißfest, in allen Größen. **30,-**
 Knickerbockerhosen reine Wolle, besonders vorteilhaft **15,-**
 1 Posten Sportstrümpfe **1,45**
 1 Posten Sporthemden mit angeschnittenem Kragen **3,95**
 Wollwaren sehr günstig **10% Rabatt**
 Auf alle nicht im Preise herabgesetzten Waren ausgenommen Markenartikel

SPORTMÜLLER

Anzeigen in der KARLSRUHER ZEITUNG
 (Badischer Staatsanzeiger)
haben großen Erfolg!

Ruhholzertheuerung.
 des Bad. Forstamts Neuchen: Donnerstag, den 22. Januar 1931 vorm. 9 Uhr im Gasthaus zum „Varen“ in Neuchen aus Staatswald Nühzig: 136 fm Eichen, 74 fm Eichen, 14 fm Erlen, 6 fm Gaimbuchen, sowie einzelne Ahorn, Rotbuchen, Kastanien und Ulmen, ferner 20 Ster Eichen-Ruhholzertheuerung. Maßlisten durch das Forstamt. N. 226

N. 227. Bruchsal. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Chemikers Dr. Hans Commesmann in Karlsruhe wurde nach rechtskräftiger Befestigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.
 Bruchsal, 6. Jan. 1931.
 Amtsgericht II.

Die schöne Helena
 Rom. Oper von Offenbach
 Dirigent: Kripps
 Regie: Pruscha
 Mittwoch: Seiberlich, Winter, Bauer, Vurt, Brand, F. Gröbinger, Hofpach, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Rentwig, Falke, Lindemann, Meyer
 Anfang 20 Ende 22 1/2, Preise C 1.00—7.00 M

Badisches Landestheater
 Samstag, 10. Jan. 1931.
 Rachmittags Volksbühne
Der große Christoph
 Besinnungsmärchen von Ulrich von der Trend

So. 11. 1. Rachm. Der Evangelist. Abends: Jar und Zimmermann
 Im Konzert: Meine Schwester und ich. No. 12. 1. Das Lamm des Arnen.

Städtische Sparkasse Elzach
Bilanz auf 31. Dezember 1930.

Vermögen:	M	Verbindlichkeiten:	M
1. Kassenbestand	18 413,86	1. Spareinlagen	1 723 765,11
2. Guthaben:		2. Aufwertungs- Spareinlagen	819 920,87
a) bei Girozentralen	103 160,35	3. Giro- u. Kontokorrent- einlagen	91 989,09
b) Banken u. Post- scheckamt	24 792,34	4. Anleihen-schulden	30 000,—
3. Wechsel:		5. Rücklagen	59 113,32
a) Diskontwechsel	29 219,92	6. Reingewinn vom Jahre 1930	15 484,29
b) Inkassowechsel	1 473,37		
4. Darlehen a. Hypotheken in laufender Rechnung an Private	984 641,80		
5. Darlehen a. Schuldschein an Gemeinden	524 678,51		
6. Darlehen a. Schuldschein an Gemeinden	102 541,60		
7.	94 900,—		
8. Aufwertungs- forderungen:			
a) Hypotheken u. Wert- papiere	708 589,66		
b) Abrechnungskonto	22 605,17		
9. Einnahmerückstände:			
a) Zinsrückstände	42 096,89		
b) Vorstüsse	149,21		
10. Gebäude u. Grund- stücke:			
a) Verwaltungsgedäude	65 000,—		
b) sonstige Gebäude	14 000,—		
11. Gerätschaften	4 000,—		
	2 740 272,68		2 740 272,68

Berechnung der Rücklage:
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus M 1 815 754,20 Einlagen = 90 787,71 M
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 74 597,61 M
 Somit weniger **16 190 10 M**

Elzach, den 8. Januar 1931.
 Der Vorsitzende der Verwaltungsrats: gez. Rapp
 Der Geschäftsleiter: gez. Stengler.